



Der Merkel-Staat zieht die Daumenschrauben an Zuckerbrot für die Neuen und die Peitsche für die Alten

Gerade noch rechtzeitig vor dem Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag hat die letzte Bundesregierung - weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit - noch schnell und vor allem äußerst trickreich einige tiefgreifende Gesetzesänderungen auf den Weg gebracht, die in Zukunft noch eine erhebliche Sprengkraft entfesseln werden.

Neben der mittlerweile nur allzu gut bekannten „Volks-Erziehung“ durch den medial-politischen Komplex, schafft sich die Regierung nun völlig ungeniert ein weiteres Instrument für ihren Machterhalt: Die massive Beschneidung von Freiheitsrechten zugunsten von Repressionsmöglichkeiten gegen den ohnehin schon existierenden gläsernen Bürger. Während man uns die „Ehe für alle“ unter großem Jubel der Systempresse schmackhaft machte, wurden im Schatten dieser Euphorie andere Gesetze im Schnelldurchgang durch das Parlament gepeitscht, die uns allen noch schwer zu schaffen machen werden.

Bereits am 22. Juni 2017 hat der Deutsche Bundestag eine Reform des Straf- und Strafprozessrechts erlassen, nach der es den Behörden nun u.a. möglich ist:

- Den Führerschein einzuziehen, völlig unabhängig davon, ob überhaupt ein Bezug zum Straßenverkehr vorliegt
- Das heimliche staatliche Eindringen und Ausspähen von IT-Systemen, also das Abhören der gesamten Telekommunikation, ausdrücklich auch dann, wenn sie verschlüsselt ist (kleiner Staatstrojaner)
- Die komplette Online Durchsuchung dieser Systeme inkl. Abfluss aller Daten an die Behörden, ebenfalls heimlich (großer Staatstrojaner) [1]

Somit dürfen Ermittlungsbehörden mit diesen Bundestrojanern künftig spezielle staatliche Schadsoftware heimlich auf private Endgeräte spielen. Damit dies medial nicht an die große Glocke gehängt werden konnte, wendete die Große Koalition einen Verfahrenstrick an. Das Justizministerium unter SPD-Minister Heiko Maas hatte die Änderungen hierbei in einem schon bestehenden Gesetzentwurf untergebracht, der mit dem Trojaner ursprünglich nichts zu tun hatte. Somit mussten sich weder Bundestag noch Bundesrat ausführlich mit diesem Thema beschäftigen. Die sonst nötigen drei Lesungen im Bundestag entfielen komplett. [2]

Prof. Dr. Tobias Singelstein, Inhaber des Lehrstuhls für Kriminologie an der Juristischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum, findet hierfür deutliche Worte:

„Es ist ein starkes Stück, dass diese extrem umstrittene Maßnahme nun plötzlich mittels eines Änderungsantrages zu einem laufenden Gesetzgebungsverfahren binnen Wochen durchgepaukt werden soll. Ein solcher Schweinsgalopp durch die Hintertür hat mit demokratischer Debattenkultur nichts zu tun.“

Ursprünglich gedacht ausschließlich für den Kampf gegen den Terrorismus, wird dieses Instrument nun massiv auf die gesamte Bevölkerung ausgeweitet. Dies geschieht mit der gleichen politischen Trickserei, mit der die Bundesregierung die Öffentlichkeit auch schon beim Thema

Vorratsdatenspeicherung täuschte. Beide Male ging es angeblich nur um den Terrorismus, doch kaum eingeführt, werden beide Maßnahmen massiv ausgeweitet.

In beiden Fällen verantwortlich: der ehemalige Justiz- und heutige Außenminister Heiko Maas, SPD.

Genau jener Heiko Maas, der auch für das unsägliche Zensurgesetz mit dem wohlklingenden Namen „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“ verantwortlich zeichnet, wonach neuerdings staatliche Ermittlungsaufgaben und gerichtliche Überprüfungsverfahren bei Fragen zur Meinungsfreiheit kurzerhand an private Zensoren und selbsternannte Meinungskommissare ausgelagert werden.

Wir lernen also: 3-mal Heiko Maas ergibt 3-mal radikal mit der Axt an die Lebensnerven unserer Bürger- und Freiheitsrechte.

SPD-Minister Heiko Maas, ein nervös-neurotischer, vom Ehrgeiz zerfressener Pygmäen-Jurist, wütet wie ein wildgewordenes Rumpelstilzchen im Macht-Delirium durch die Republik und richtet einen juristischen und zivilgesellschaftlichen Totalschaden nach dem anderen an.

Und jetzt ist dieser juristische Tiefflieger auch noch unser Außenminister. Wohlan, Herr Maas! Das kann es doch noch nicht gewesen sein. Das können Sie noch besser! Jetzt wo Ihnen die ganz große internationale Bühne offen steht, können und werden Sie Ihr verkorkstes Demokratieverständnis sicher noch viel besser zur Geltung bringen. Wir dürfen gespannt bleiben.

Wo liegt denn jetzt das Problem?

Ganz einfach. Stellen Sie sich – stellvertretend für eine Vielzahl anderer denkbarer Konstellationen – zum Beispiel folgendes Szenario vor:

Sie sind mit der aktuellen politischen Lage in Deutschland unzufrieden. Sie können das ganze links-rot-grüne Gewäsch nicht mehr hören. Daher äußern Sie Ihre Gedanken auch im Internet und geraten bei den Systemlemmingen in den Verdacht ein „Hetzer“, „Nazi“ oder Verbreiter angeblicher „Fake-News“ zu sein. Die Behörden beginnen nun gegen Sie zu ermitteln. Weil Sie auch sonst recht umtriebig sind und z.B. auf Demonstrationen oder Pressekonferenzen den Mächtigen in Bund, Land oder den Kommunen gehörig auf den Zeiger gehen, bekommen Sie – aufgrund eines „erhöhten Aufklärungsbedarfs“ – schlimmstenfalls je einen Staatstrojaner auf Ihr Smartphone und einen auf Ihren PC untergeschoben. Die Behörden finden nun heraus, daß Sie mit weiteren Kritikern der politischen Eliten oder sogar AfD-Mitgliedern in Kontakt stehen. Außerdem findet man auf Ihrem PC entsprechende politische Literatur, Lesezeichen zu konservativen Internetseiten oder gar E-mailkontakte zu anderen deutschen oder europäischen Patrioten, Autoren oder Intellektuellen. Sie werden nun zur Polizei vorgeladen. Wenn Sie sich nicht einsichtig zeigen und von Ihrem bisherigen Verhalten abschwören, droht man ihnen mit einem Strafprozess und bei anschließender Verurteilung, auch den Führerschein für einen gewissen Zeitraum zu entziehen. Das ist leider kein Witz, denn seit dem 22. Juni 2017 heißt es unter:

Strafgesetzbuch (StGB) § 44 Fahrverbot:

[...]Auch wenn die Straftat nicht bei oder im Zusammenhang mit dem Führen eines Kraftfahrzeugs oder unter Verletzung der Pflichten eines Kraftfahrzeugführers begangen wurde, kommt die Anordnung eines Fahrverbots namentlich in Betracht, wenn sie zur Einwirkung auf den Täter oder zur Verteidigung der Rechtsordnung erforderlich erscheint [...] [3]

Wie werden Sie sich jetzt entscheiden? Riskieren Sie einen Strafprozess, mit der Gefahr ihn zu verlieren? Denken Sie an die dann entstehenden Gerichtskosten sowie die Kosten für einen Rechtsanwalt und den anschließenden zeitweisen Verlust Ihres Führerscheins. Können und wollen Sie sich das leisten? Oder werden Sie nicht vielleicht doch sicherheitshalber einknicken und in Zukunft besser keine Kritik mehr an den aktuellen politischen Verhältnissen äußern? Vielleicht sind Sie standhaft, haben Mut, Courage und Selbstbehauptungswillen, aber viele andere werden diese Stärke wohl eher nicht besitzen. In § 44 heißt es daher sicher nicht zufällig, daß Fahrverbote in Betracht

kommen, wenn sie zur **Einwirkung** auf den Täter oder zur **Verteidigung der Rechtsordnung erforderlich** scheinen.

In diesem Beispiel wurde dann ja auch mit Erfolg auf Sie „eingewirkt“. Es müssen nicht einmal alle diese neuen Möglichkeiten des Merkel-Staates gebündelt gegen Sie eingesetzt werden. Schon eine kleine Auswahl aus diesem Fundus reicht bereits aus, um die meisten Menschen politisch oder wirtschaftlich mundtot zu machen oder zumindest effektiv einzuschüchtern. DDR 2.0 lässt grüßen.

Aber ich habe doch nichts zu verbergen...

Wirklich? Sind Sie sich da ganz sicher? Seien sie bitte nicht naiv. Nicht Sie entscheiden darüber, ob Sie etwas zu verbergen zu haben, sondern ausschließlich andere. Wir hatten in den letzten 80 Jahren bereits zwei Mal einen Unrechtsstaat auf deutschem Boden und nicht Sie, nicht Ihre Eltern, nicht Ihre Großeltern hatten darüber zu entscheiden, ob sie etwas zu verbergen haben. Ob es richtig oder falsch war, Menschen vor Verfolgung oder Ermordung zu bewahren, sich der jeweiligen Propaganda des Systems zu widersetzen oder schlicht eine innerdeutsche Grenze in den Westen zu überqueren, wurde nicht von Ihnen entschieden. Das taten immer andere für Sie. Und all diese Entscheidungen waren grundsätzlich geeignet, Ihr bisheriges Leben zu zerstören. Wer sagt uns denn, daß dies nicht ein drittes Mal passiert. Diesmal vielleicht im Namen eines pervertierten, verstümmelten und ausgehöhlten Demokratieverständnisses. Und selbst wenn dies nicht der Fall sein sollte, bedenken Sie, daß schon morgen der politisch betriebene und medial verbreitete Systemkonsens einen Gegenwind erzeugen kann, der uns Kritikern dann kräftig und eiskalt ins Gesicht schneiden wird. Spätestens dann, wird jeder froh sein, wenn er noch die Möglichkeit hat, etwas vor dem Merkel-Staat zu verbergen. Edward Snowden hatte es im Rahmen des NSA Skandals bereits auf den Punkt gebracht:

„Zu behaupten, das Recht auf Privatsphäre sei nicht so wichtig, weil man nichts zu verbergen hat, ist wie zu sagen das Recht auf freie Meinungsäußerung sei nicht so wichtig, weil man nichts zu sagen hat.“

- Edward Snowden -

Anonymität beim Gold-Kauf eingeschränkt. Kampf gegen das Bargeld.

Nur 4 Tage später, am 26. Juni 2017, wurden uns die Daumenschrauben um eine weitere Umdrehung angezogen. An diesem Tag trat das neue Geldwäschegesetz in Kraft. Seitdem ist es nicht mehr möglich, Gold oder sonstige Edelmetalle anonym und in bar zu kaufen, wenn deren Wert über 9.999 Euro liegt. Bisher lag diese Grenze bei 15.000 Euro.^[4] Das bedeutet, daß Sie ab jetzt noch gerade einmal 9 Feinunzen Gold anonym kaufen können, bevor Sie Ihren Personalausweis vorlegen müssen. ^[5] Parallel dazu ist das Aus für die 500-Euro-Banknote bereits beschlossene Sache. Danach wird man sich in Berlin oder Brüssel mit Sicherheit die 200-Euro-Note zur Brust nehmen. Der Kampf gegen das Bargeld und die finanzielle Freiheit der Bürger wird immer dreister und schärfer geführt. Der Merkel-Staat will uns mit aller Kraft eine Vermögenssicherung unmöglich machen, damit für ihn auch weiterhin genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um das Füllhorn der monetären Wohltaten über jeden noch so weitgereisten Kulturbereicherer ausschütten zu können.

Bankgeheimnis adé.

Zur selben Zeit, am 24. Juni 2017, trat dann auch noch das neue Steuerumgebungsbekämpfungsgesetz in Kraft. Hiermit wurde der bisherige § 30a in der Abgabenverordnung ersatzlos gestrichen. Dieser Paragraph regelte bisher den Schutz der Bankkunden gegenüber den Auskunftsbegehrligkeiten der Finanzämter. Waren zuvor die Finanzbehörden in Ihrer Neugier gegenüber den Bürgern an gewisse gesetzliche Beschränkungen gebunden, so können diese ab jetzt nach eigenem Gutdünken und vor allem uneingeschränkt und heimlich sämtliche Kundendaten durchforsten.^[6] Das eigentliche Ziel, besser gegen einige wenige Spitzbuben und Unternehmen vorgehen zu können, welche ihre Einnahmen am Fiskus vorbeimanövrierten, ist wieder einmal zu einem Universalinstrument gegen alle

Bürger verkommen. Nun ist es den Finanzbehörden möglich, vollumfassende Kontoinformationen aller Kunden deutscher Banken abzurufen und zu verwenden, völlig unabhängig davon, ob überhaupt ein Verdacht gegen diese vorliegt oder nicht.

EU-weites Einfrieren aller Bankkonten für 20 Werktage.

Da passt es natürlich in diesem Zusammenhang sehr gut ins Bild, daß die EU-Staaten als nächsten Schritt bereits über die europaweite Einfrierung von Konten im Falle eines drohenden Ansturms von Sparern auf Banken (Bank-Run) beraten.^[7] Dann hätte der Staat endgültig vollen Zugriff auf unsere Spareinlagen. Durch Sperrung unserer Konten und die bald überhaupt nicht mehr vorhandenen Fluchtmöglichkeiten in Edelmetalle oder Bargeld bedeuten, daß der Merkel-Staat dann mit unserem Geld machen kann, was er will. Von einer plötzlichen Geldentwertung quasi über Nacht oder horrenden Negativzinsen bis hin zur täglichen Rationierung oder einer vollständigen Abschöpfung, ist dann alles möglich. Natürlich nur mit den besten Absichten, um Europa, den Euro, eine Pleitebank oder sonst irgendeine angeblich systemrelevante Institution zu retten. Auf diese Weise wird ein korruptes, von den deutschen und europäischen Bürgern nicht legitimiertes und bereits im Sterben liegendes System, dann mit unser aller Ersparnissen noch eine Weile länger künstlich beatmet werden können. Wenn danach schließlich der finale Knall kommt, hat keiner mehr etwas auf der hohen Kante. Wohl dem, der bis dahin nichts hatte. Wehe dem, der verantwortungsvoll gewirtschaftet hat, mit der Absicht, seinen Kindern oder Enkeln einen Grundstock an Wohlstand weiterzuerben. Falsch gedacht. Aber trösten Sie sich: Das Geld ist ja bekanntlich nicht wirklich weg, es hat dann eben nur ein anderer.

Warum geschieht das alles?

Der Grund hierfür ist denkbar einfach. Der Merkel-Staat weiß, daß die Folgen der Flüchtlingskrise sowie des immer noch weiter anhaltenden Zustroms von überwiegend bestenfalls unfähigen oder schlimmstenfalls unwilligen Wirtschaftsflüchtlingen noch über Jahrzehnte hunderte von Milliarden Euro verschlingen wird. Erstunterbringung, Verwaltungsverfahren, Sozialleistungen durch Hartz IV und später im Alter durch die Grundsicherung, Kindergeld, Krankenkassenbeiträge, sämtliche Kosten der Versorgung durch die Migrationsindustrie, Wohnungsbau, Sozialarbeiter, Strafverfolgung durch Polizei und Justiz sind eben nicht zum Nulltarif zu haben. Und da der Staat grundsätzlich kein eigenes Geld besitzt, sondern immer auf das seiner Bürger angewiesen ist, mussten die Weltverbesserer in Berlin etwas unternehmen, um ihre moralische Ekstase weiter finanzieren zu können.

Damit der deutsche Trottel, der das alles finanziert, sich dem nicht mehr entziehen kann, wird ihm systematisch die Möglichkeit genommen, mit seinem hart erwirtschafteten Sparguthaben in die einzigen halbwegs sicheren Häfen der Edelmetalle oder zumindest ins Bargeld zu flüchten. Gleichzeitig wird das Konzept des gläsernen Bürgers auch im Finanzsektor etabliert. Und zu guter Letzt wird jetzt auf EU Ebene auch noch darüber nachgedacht, uns wochenlang den Zugriff auf unser Bankkonto zu blockieren. Wie Sie merken, wird die Luft langsam extrem dünn. Selbst wenn Sie ein eigenes Haus besitzen sollten oder eine Eigentumswohnung erworben haben, wird der Merkel-Staat noch immer soviel Geld aus Ihnen herauspressen können, wie er es gerade für nötig hält. Da wird dann eben die Grundsteuer angehoben, energetische oder umweltechnische Zwangssanierungen befohlen, durch die Sie auch wieder Mehrwertsteuer zahlen werden, oder zur Not bekommen Sie einfach eine Zwangshypothek aufgebrummt. Eigentum verpflichtet ja schließlich, und solange noch irgendwo auf der Welt ein armer Teufel vor sich hindarbt, muß dieser ja schließlich mit unserem Geld beglückt werden.

Und dann ist da auch noch die finanzielle Schiefelage einiger EU-Länder. Auch die – sowie die dahinter stehenden Banken – brauchen gegebenenfalls sogar ganz schnell das Geld des deutschen Steuerzahlers. Damit dieser nicht auf dumme Gedanken kommt oder sich seiner „Verpflichtung“ gar zu entziehen versucht, hat der Mama-Merkel-Staat ein wachsames Auge auf ihn und haut ihm wenn nötig kräftig auf die Finger, wenn er Besitzansprüche auf seine Sparguthaben etwa zum falschen Zeitpunkt anmeldet. Wenn dann der eine oder andere sich zu wehren versucht, die Missstände öffentlich anprangert oder es gar wagt, sich politischen Alternativen zuzuwenden, dann kommen Zensur, Überwachung, Umerziehung und Repressionen zum Einsatz. Und weil wir in der besten

Demokratie aller Zeiten leben, Eigentum sowieso verpflichtet und die weltweite Armut deshalb kurzerhand in und nach Deutschland sozialisiert wird, haben wir zu jubeln und zu frohlocken, bis unser Schnellzug mit einem lauten Knall vor die Wand fährt und all die degenerierten, moralbesoffenen Linksapostel im hohen Bogen durch die Luft fliegen, von denen danach keiner mehr aufzufinden sein wird und schon gar nicht für dieses Desaster verantwortlich sein will.

In Zukunft wird es einmal heißen:

Die Regierung hat einen Fehler gemacht. Sie geht. Das Volk aber bleibt. Die Probleme auch.

Die Peitsche für die Alten...

Dem deutschen Michel werden die Daumenschrauben immer fester angelegt. Beschneidung von Freiheits- und Bürgerrechten, Erschwerung von Bargeschäften und Edelmetallkäufen, Abschaffung des Bankgeheimnisses durch vollständige Durchleuchtung sämtlicher Finanztransaktionen und Ausweitung des gläsernen Bürgers durch staatliche IT-Schnüffelei mittels eigens hierfür entwickelten Schadprogrammen. Dazu kommen nun neue Überlegungen und Maßnahmen, die bei Bedarf allen Bürgern den Zugriff auf ihre Bank- und Sparkonten für bis zu 20 Werktage verbieten sollen. Und als ob das alles noch nicht reichen würde, erwägt die Europäische Kommission mittlerweile ernsthaft, in die Personalausweise aller Mitgliedsstaaten zwingend die Fingerabdrücke des Inhabers aufzunehmen. [8] Angeblich um Terroristen und Verbrecher frühzeitig zu identifizieren und illegale Grenzübertritte sowie Anschläge zu verhindern. Ein einziger Witz! Wie könnten die Fingerabdrücke von Tante Erna und Opa Willi in deren Personalausweisen auch nur einen einzigen Terroranschlag oder ein einziges Verbrechen verhindern, wenn doch die Verbrecher bekanntermaßen an den Grenzen überhaupt nicht effektiv kontrolliert werden, oder einfach mit gefälschten, geklauten, gekauften bzw. gleich ganz ohne solche Dokumente in unser Land strömen und hier dann mit selbstgebastelten Doppel- oder Dreifachidentitäten bis zu ihrem endgültigen Untertauchen umhervagabundieren. Nein, diese neuen Ausweise schützen uns nicht vor Terror und Verbrechen, sie sind aber ein gutes Mittel, um uns Bürger noch ein bisschen besser überwachen zu können; um uns bei Bedarf noch ein bisschen schneller und härter an die Kandare nehmen zu können.

... und Zuckerbrot für die Neuen

Während also der deutsche Michel immer neue Pflichten und Beschränkungen auferlegt bekommt, geht der Weg für die Neuankömmlinge in genau die andere Richtung, wie wir durch das mittlerweile etablierte Zwei-Klassen-Strafrecht erfahren können, wo Einheimische die volle Härte des Gesetzes zu spüren bekommen, während Migranten selbst schwerste Straftaten gegen Leib und Leben mit einem „Kulturbonus“ versüßt bekommen. Folgendes Beispiel geht da in genau dieselbe Richtung:

Hessischer Verkehrsminister Tarek Al-Wazir (Grüne):

Asylbewerber erhalten in Hessen einen Führerschein trotz ungültiger Papiere. [9]

„Dabei sei es unerheblich, ob die Papiere von einer deutschen oder ausländischen Behörde ausgestellt wurden. Ausnahmsweise sei es sogar möglich, ein abgelaufenes Dokument zu nutzen, wenn trotzdem die einwandfreie Identifizierung des Asylbewerbers möglich sei. Selbst wenn sich aus der Bescheinigung ergibt, daß die Personalangaben auf den eigenen Angaben des Betroffenen beruhen, ist das Dokument grundsätzlich als amtlicher Nachweis über Tag und Ort der Geburt anzuerkennen.“

Bleiben wir wachsam!

Die Medien jubelten über die Ehe für alle, während uns im Schatten dieser fragwürdigen Euphorie einige richtig üble Trojanische Pferde untergeschoben wurden. Da der Merkel-Staat wusste, daß

darüber niemand mehr jubeln würde, wurde das Ehe-für-alle-Spektakel einfach medial so breit und theatralisch entfacht, daß all die anderen Schweinereien fast völlig unter dem Radar der Öffentlichkeit blieben. Doch damit ist jetzt Gott sei Dank Schluss. Wir von der AfD sind mittlerweile im Bundestag und werden daher ganz genau hinschauen, was uns die alte GroKo im neuen Gewand noch alles unterzuschieben versucht. Und auch in Hessen wird es diesen Herbst vorbei sein, mit der links-schwarz-grünen Hegemonie. Denn dann werden wir auch im Hessischen Landtag dafür sorgen, daß wieder Politik mit Hirn und Sachverstand anstatt mit weinerlicher Gefühlsduselei und falsch verstandener Toleranz gemacht wird.

Bleiben wir also wachsam. Die Fußball-WM 2018 bietet für den Merkel-Staat dieses Jahr wieder eine formidable Möglichkeit, um heimlich, still und leise weitere Bürger- und Freiheitsrechte und damit ein weiteres Stück unserer Demokratie niederzureißen. Bleiben wir wachsam. Und vor allem: Bleiben wir weiter engagiert und im festen Schulterschluss mit allem, was uns lieb und teuer ist.

© 05/2018 AfD KV Fulda / Autor: Frank Schüssler

Quellennachweise:

- [1] https://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2017/0501-0600/52717.pdf?__blob=publicationFile&v=5
- [2] <https://netzpolitik.org/2017/wir-veroeffentlichen-den-gesetzentwurf-der-grossen-koalition-zum-massenhaften-einsatz-von-staatstrojanern/>
- [3] <https://dejure.org/gesetze/StGB/44.html>
- [4] <http://www.degussa-goldhandel.de/aenderungen-im-geldwaeschegesetz-2017/>
- [5] Goldpreis Stand 30.04.2018 >>> <http://www.boerse-frankfurt.de/rohstoffe/goldpreis>
- [6] http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl&jumpTo=bgbl117s1682.pdf
- [7] <https://www.reuters.com/article/us-eu-banks-deposits/eu-explores-account-freezes-to-prevent-runs-at-failing-banks-idUSKBN1AD1RS>
- [8] <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-04/digitaler-fingerabdruck-personalausweis-eu-pflicht>
- [9] <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2016/asylbewerber-erhalten-fuehrerschein-trotz-ungueltiger-papiere/>

© 05/2018 AfD KV Fulda / Autor: Frank Schüssler